

EURO-KRISE

## Irlands ungleicher Weg in die Krise

In der Debatte um Irlands Misere wird übersehen: Auch die ungleiche Verteilung des Wohlstands hat den Niedergang des Landes befördert. Ein Gastbeitrag

VON Michael Dauderstädt | 23. November 2010 - 14:38 Uhr

© Miguel Riopa/AFP/Getty Images



Reihenhaus in Dublin: Irland erlebte jahrelang einen Immobilienboom. In der Krise brach der Markt in sich zusammen

Es war ein spektakulärer Aufstieg, den Irland seit Beginn der neunziger Jahre hinlegte: Vom europäischen Armenhaus stieg das Land – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf – zum zweitreichsten Mitgliedsstaat der EU auf. Doch der Boom hatte einen Preis: Eine dramatisch wachsende Ungleichheit, die Jahre später mit zum Absturz des Landes beitragen sollte.



© FES

### MICHAEL DAUDERSTÄDT

leitet die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er forscht unter anderem zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie und europäischen Integration.

Von Beginn an waren es vor allem ausländische Investoren, die für die neue Wirtschaftskraft des Landes sorgten. Gelockt wurden sie nicht zuletzt durch niedrige Unternehmenssteuern und eine gute Infrastruktur. Die Investoren aus den USA, Großbritannien oder Deutschland beließen jedoch nur einen kleinen Teil der

Wertschöpfung in Form von Löhnen und Steuern im Inland. Der größte Teil dessen, was erwirtschaftet wurde, floss ins Ausland ab. Der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt sank bis zum Ende der neunziger Jahre kontinuierlich ab – von 77 auf 58 Prozent. Was im Inland an Wertschöpfung anfiel, wurde durch Buchhaltungstricks aufgeblasen. Auf diese Weise sparten die Investoren, die in Irland Geschäfte machten, Steuern, die sie ansonsten in Hochsteuerländern hätten zahlen müssen.

In der Leistungsbilanz wies das Land seit dem Beginn der neunziger Jahre hohe Exportüberschüsse aus. Diese wurden jedoch in der Zahlungsbilanz durch ähnlich hohe Gewinntransfers an die ausländischen Investoren ausgeglichen. Unter dem Strich hatten die Bürger Irlands von den hohen Exportüberschüssen kaum etwas.

Das Land lebte also unter seinen Verhältnissen, zum Vorteil internationaler Investoren. Aber es lebte dabei nicht schlecht. Trotz der ungleichen Verteilung der Wohlstandsgewinne stieg auch das Nationaleinkommen der Iren zügig, wenn auch langsamer als die Wertschöpfung. In dem Maße, wie die Arbeitslosigkeit zurückging, verbesserte sich auch die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer, die Nominallöhne stiegen. Der Wochenlohn in der Industrie lag im Jahr 2006 um mehr als 50 Prozent höher als noch 1998. Ein deutlicher Anstieg, jedoch wurde die Kaufkraft durch die hohen Inflationsraten in der realen Kaufkraft in dieser Zeit erheblich geschmälert. Das Preisniveau in Irland stieg jährlich zwischen zwei und fünf Prozent und lag ab dem Jahr 2000 weit über dem Durchschnitt der anderen EU-Länder. Nominal mochten die Löhne in den Boomjahren zwar stark gestiegen sein. Real aber wuchsen sie eher schwach.

Dennoch herrschte im Land das Gefühl vor, dass die Einkommen mehr wurden – und in Zukunft weiter steigen würden. Das hob auch die Ansprüche an den Lebensstandard, vor allem aber an die Wohnqualität. Die Iren, die sich an ständig steigende Nominaleinkommen gewöhnt hatten, sahen entsprechend geringe Risiken in einer weiteren Verschuldung. Das galt umso mehr, da die Realzinsen durch die hohen Inflationsraten relativ niedrig waren. Angesichts steigender Nominaleinkommen fiel die Bedienung des Schuldendienstes relativ leicht. Viele Löhne lagen zudem noch immer unterhalb der entsprechenden Produktivität, weshalb viele Bürger erst recht mit Lohnsteigerungen rechneten. Das alles sorgte dafür, dass die Bürger zunehmend Kredite aufnahmen, um Häuser und Wohnungen zu kaufen.

Ein gewaltiger Immobilienboom begann. Zwischen 1995 und 2006 verdreifachten sich die jährlichen Fertigstellungen von Wohnungen. Das irische Wachstum war nun stärker durch die Binnennachfrage getrieben. Der Handelsbilanzüberschuss fiel von 2002 bis 2007 um fast 40 Prozent. Weil die Gewinnüberweisungen an die ausländischen Investoren weiter anhielten – jährlich betrugen sie rund 14 Prozent des BIP – rutschte die Zahlungsbilanz ab 2005 kräftig ins Minus. Das Land begann relativ über seine Verhältnisse zu leben.

Der Staat blieb unterdessen eher sparsam. Zwischen 1997 und 2007 wies er mit Ausnahme des Jahres 2002 Haushaltsüberschüsse auf, in vielen Jahren sogar erhebliche. Anders als in anderen Ländern Europas wuchs der Schuldenberg in dieser Zeit nicht weiter an. Er

schrumpfte deutlich. Zwischen 1998 und 2007 halbierte sich die Staatsverschuldung des Landes und lag am Ende bei lediglich 25 Prozent des BIP.

Dafür lebte der private Sektor über seine Verhältnisse. Alimentiert wurde er durch Banken, die weder bei den Risiken der Schuldner noch bei der Refinanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten Probleme sahen. Die Situation erinnert in Grundzügen an jene der USA vor der Krise : Zwar vollzog sich die Verteilung der Wertschöpfung weiterhin sehr ungleich. Aber die Kredite der Banken gaben den Menschen das Gefühl, sich mehr leisten und am Boom teilhaben zu können.

Die Finanzkrise bereitete diesem Wachstumsmodell der kreditkompensierten Ungleichheit 2008 ein jähes Ende. Die Banken konnten sich plötzlich am internationalen Kapitalmarkt nicht mehr refinanzieren. Neue Kredite flossen so gut wie gar nicht mehr. Das Wachstum brach brutal ein. In lediglich drei Jahren – zwischen 2007 und 2010 – verdreifachte sich die Arbeitslosigkeit. Die Banken sahen sich mit einer Welle von Insolvenzen konfrontiert. Ihre Schuldner konnten fortan nicht mehr mit ständig steigenden Einkommen rechnen, sondern mit dramatischen Rückgängen. Auf dem Höhepunkt der Krise musste der irische Staat schließlich den Bankensektor vor dem Bankrott retten. In nur zwei Jahren verballerte er so seine in zehn Jahren gesparten Überschüsse.

Nun lassen die Gläubiger den Retter im Stich und zwingen ihn, bei der EU und dem IWF Rettung zu suchen. Gleichzeitig fließen weiterhin um die 15 Prozent der irischen Wirtschaftsleistung an ausländische Investoren. Sie profitieren noch immer von niedrigen Unternehmenssteuern im Land. Anders als die Bürger Irlands, die nun mit Einschnitten rechnen müssen, werden sie sich offenbar nicht an der Lösung der Schuldenkrise beteiligen.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-11/irland-wirtschaftsmodell-ungleichheit>